

**Die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Großen Depression in den 30er Jahren ist noch nicht einmal ganz überstanden, da erschüttert die nächste Krise die Europäische Union: Griechenland kämpft mit massiven Liquiditätsproblemen und steht an der Schwelle zum Staatsbankrott. Die IG BCE fordert in dieser schwierigen Situation Solidarität mit dem europäischen Nachbarn, aber auch Anpassungsleistungen Griechenlands.**

1. Die EU und die EU-Mitgliedsstaaten müssen unmissverständlich klar machen, dass sie Griechenland in dieser Krise stützen. Die Bundesregierung hat eine erhebliche Mitschuld an der Eskalation der Krise in den letzten Wochen, da sie aus parteitaktischem Kalkül klare Hilfszusagen an Griechenland verweigerte. Diese Eskalation hätte bei einem schnellen Eingreifen verhindert und die Kosten für Deutschland hätten verringert werden können. Jedes weitere Taktieren verschlechtert die wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch schwierige Situation Griechenlands weiter und erhöht die Gefahr einer Infektion anderer europäischer Staaten, allen voran Portugal, Spanien und Irland.
2. Die Stabilität der Euro-Zone ist für alle Mitgliedsstaaten und insbesondere für die deutsche Industrie fundamental. Die Partnerländer müssen deshalb Griechenland vor einer Zahlungsunfähigkeit schützen. Der faktische Zwang zur Solidarität zwischen den Euro-Ländern muss akzeptiert werden. Alles andere würde die Währungsunion vor eine Zerreißprobe stellen und die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit bzw. den Integrationsprozess in der EU insgesamt erheblich belasten, mit schwerwiegenden Folgen auch für die globale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.
3. Der Austritt Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion ist keine sinnvolle Lösung. Für Griechenland würden die Probleme noch größer. Das Land wäre vom Kapitalmarkt abgeschnitten und es müsste die bestehenden Schulden mit extrem hohen Zinsen tilgen, ohne Hoffnung auf Beistand durch die anderen EU-Staaten. Für die Europäische Währungsunion wäre der Ausstieg Griechenlands der Präzedenzfall, dem weitere Staaten folgen könnten. Das Ergebnis wären ein destabilisierter europäischer Währungsraum, ein konjunktureller Rückschlag im Euroraum und deutlich verschlechterte Bedingungen der europäischen Industrie im globalen Wettbewerb.
4. Die notwendige Solidarität der Euro-Länder ist allerdings nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite stehen notwendige finanzpolitische Anpassungen Griechenlands. Das Land ist zu einem drastischen Sparpaket gezwungen und muss mittelfristig seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Obwohl es hierzu grundsätzlich keine Alternative gibt, müssen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen die gesellschaftliche Stabilität und die fragile Wirtschaftsentwicklung berücksichtigen. Die notwendigen Sparmaßnahmen dürfen das Land gesellschaftlich und politisch nicht destabilisieren und sie dürfen nicht dazu führen, dass die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich belastet wird.
5. Die Gläubigerbanken sollten zunächst nicht an der Lösung der Krise beteiligt werden. Eine Umschuldung und ein Teilverzicht der Gläubiger (ein sogenannter „Hair-Cut“) wären zwar politisch wünschenswert, ökonomisch jedoch äußerst gefährlich. Wenn die Banken einen Teil ihres Geldes verlieren, könnte an den Märkten Panik ausbrechen. Das würde allen Euro-Ländern mit fiskalischen Schwierigkeiten enorme Probleme bereiten, die Risikoanschläge würden nach oben getrieben und eine Refinanzierung der hohen Staatsschulden wäre fast unmöglich. Niemand würde Staatsanleihen beispielsweise von Portugal kaufen, wenn er damit rechnen müsste, nur einen Teil seiner Forderungen zurückzubekommen. Für Griechenland wären die Folgen besonders dramatisch, da das Land dann endgültig vom Kapitalmarkt abgeschnitten wäre. Für die ohnehin schon schwache griechische Wirtschaft könnte dies eine jahrelange Depression bedeuten. Aus deutscher Sicht ist ein Teilverzicht der Gläubiger ebenfalls nicht sinnvoll, da insbesondere deutsche Banken zu den Hauptgläubigern griechischer Staatsanleihen gehören. Damit würden die Kosten einer Umschuldung zunächst die deutschen Banken belasten, aufgrund der fragilen Lage der engagierten Institute (Commerzbank, HRE) jedoch letztendlich auf die deutschen Steuerzahler zurückfallen.

6. Nach dem aktuellen Krisenmanagement muss die EU bzw. die Eurozone Konsequenzen aus der Krise ziehen. Die EU hat es bislang versäumt, einen funktionsfähigen Stützmechanismus für Mitgliedsstaaten zu etablieren. Die Angst vor einer Fiskalunion, in der ein Land für die fiskalpolitischen Probleme eines anderen Landes aufkommen muss, hat einen solchen Stützmechanismus verhindert. Vergessen oder verdrängt wurde dabei, dass aufgrund der engen Verflechtung in einer Währungsunion im Notfall Stützungsmaßnahmen unumgänglich sind, allerdings ohne Konzept und brauchbaren Mechanismus.
7. Wir brauchen zukünftig eine umfassende europäische Wachstumsstrategie und nicht viele kleine nationale Strategien. Einige EU-Staaten, allen voran Deutschland, konnten in den letzten Jahren ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern. Das war keineswegs falsch, sondern aus einer nationalen und europäischen Perspektive heraus richtig und wichtig. Die global wettbewerbsfähigen EU-Staaten haben dabei jedoch zu wenig auf die schwächeren EU-Mitgliedsstaaten geachtet. Die bestehenden Instrumente (EU-Strukturfonds, Kohäsionsfonds) zur Angleichung der nationalen und regionalen Disparitäten in der EU waren offensichtlich unzureichend. Nur eine engere Koordination der Wirtschaftspolitiken und eine gemeinsame EU-Strategie zur Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der Union insgesamt hätten den dramatischen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Staaten verhindern können.
8. Hierzu gehört allerdings auch, dass die Spielregeln der Währungsunion für alle verbindlich gelten und effektive Kontroll- und Durchsetzungsinstrumente geschaffen werden. Zu den Spielregeln in der Europäischen Währungsunion zählt eine Politik niedriger Inflationsraten. Der EU und den Mitgliedsstaaten war die unzureichende Anpassung Griechenlands (und anderer Staaten) an die gemeinsame Politik jahrelang bekannt. Ein verengter nationalstaatlicher Blick auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit hat das Problem entweder unterschätzt oder aber verdrängt. Die EU-Institutionen müssen zukünftig ein effektives Monitoring betreiben. Eine Stärkung der Kompetenzen der europäischen Statistikbehörde Eurostat ist hierfür unumgänglich.
9. Die hierdurch notwendigen Anpassungslasten können jedoch nicht einseitig auf Seiten der weniger wettbewerbsfähigen Staaten liegen, da diese Staaten damit wirtschaftlich, politisch und sozial überfordert wären. Griechenland und andere Staaten müssen in den nächsten Jahren sehr umfassende Sanierungsstrategien verfolgen. Zur Unterstützung dieser Strategien, aber auch zur Vermeidung einer politischen Destabilisierung, ist eine starke europäische Solidarität unumgänglich. Eine signifikante Aufstockung der europäischen Strukturfondsmittel verbunden mit einer wesentlich effizienteren Verwendung der Mittel könnte hier sicherlich hilfreich sein.